

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 22.
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit“ 45 Pfg. mehr. Preis für 1 Spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Fernruf 22. Die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 269

Herford, Freitag, den 15. November

1918

Zur Umwälzung in Deutschland. Ein bedeutsamer Aufruf der deutschen Fortschrittspartei.

Mitbürger!

Die Fortschrittliche Volkspartei erhebt klammern Protest gegen Waffenstillstandsbedingungen, die ein ganzes Land mit Hunger und Not bedrohen, die allen Voraussetzungen des Rechtsfriedens berauben und einem Völkerverbund von vornherein die äußersten Schwierigkeiten entgegenstellen. Sie ruft die Völker der Kulturwelt auf, noch in letzter Stunde diese unerhörte Vergewaltigung, diesen Triumph des Imperialismus zu verhindern.

Die innere Neugestaltung soll sich in wahrhaft demokratischen Formen vollziehen. Eine Volksabstimmung stützen. Deshalb ist sofort nach Bechluss des jetzigen Reichstags in freier Abstimmung von Männern und Frauen die Nationalversammlung zu wählen, die über statliche Grundfragen entscheidet. Zum Schutz der Minderheiten bedarf es dabei überall der Verhältniswahl.

Aufgabe der so geschaffenen Volksvertretung und der aus ihr zu bildenden Regierung ist die Wahrung und Stärkung der Reichseinheit und der Ausbau der Verfassung unter Anerkennung des gleichen Rechts für alle. Jede wie immer geartete Diktatur oder Klassenherrschaft ist verwerflich.

Freiheit für Wort und Schrift, für Verein und Versammlung, möglichst baldige Beseitigung der Fesseln für Wirtschaft und Verkehr führen zu neuem Aufstieg. Einföhrung der von Reich, Staat und Gemeinde übernommenen Verpflichtungen, Fortzahlung sämtlicher Gehälter und Pensionen, Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit unter strenger Erfassung der Kriegsgewinne, schleunigste Einordnung der heimkehrenden Krieger in das Erwerbsleben, Versorgung der Kriegsbefähigten, Schaffung ländlicher Heimstätten durch Aufteilung von Großgrundbesitz, weitestgehende soziale Fürsorge sind erforderlich, um die in einem Weltkrieg von mehr als vier Jahren angerichteten ungeheuren Wertverfährungen auszugleichen.

In der schweren Zeit des Uebergangs ist die unbedingte Erhaltung der öffentlichen Ordnung, der Schutz von Leben und Eigentum und die Sicherstellung der Ernährung das höchste Gebot. Wer es erfüllen will, soll von uns unterstützt werden.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsstolz erhebt, die Stellung in der Welt zurück gewinnt, die ihm nach seiner unerlöschlichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient.

mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gewissenhafte Mitarbeit aller Beamten des Staates und der Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen worden.

Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue freie Preußen jetzt und in der Zukunft gestellt sieht, seien nur diese hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamte.

Gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten, einschließlich der Pensionäre und Altpersonale, und bis zur endgültigen Regelung, die Gewährung ausreichender Steuerermäßigungen.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volkshochschule, Schaffung der Einheitschule, Befreiung der Schule von jeglicher kirchlicher Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche.

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften. Beseitigung der Gutsbezirke. Volliges gleiches Wahlrecht beider Geschlechter. Für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land entsprechende Demokratisierung. Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungskörper.

Reichster Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahn und Kanäle. Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft. Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus.

Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundfähen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Es ist eine ernste und schwere Zeit, in der die neue Regierung an ihre Arbeit gehen muß. Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch einmütiges Zusammenstehen des gesamten Volkes kann der Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, zwar nicht ihre Leiden und Opfer vergelten, wohl aber die Fortsetzung dieser Leiden ersparen. Nur so können wir das Gespenst des Hungers bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt auf das schwerste bedroht.

Was wir alles haben wollen: Freiheit, Frieden und Brot, kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrecht erhalten bleibt. Darum steht zusammen, helfend mit zum Wohl des Ganzen!

Die preussische Regierung:
Girsch, Stroebe, Braun, Eugen Ernst, Haenisch, Adolf Hoffmann.

Hindenburg gehört dem deutschen Volke.

wib. Kassel, 14. Nov. In den heutigen Wätern erhebt sich nachstehender Aufruf:

Mitbürger und Soldaten!

Heute trifft der Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit Offizieren und Mannschaften des Großen Hauptquartiers in Kassel ein, um von Wilhelmshöhe aus, die Demobilisation unserer Truppen zu leiten.

Hindenburg gehört dem deutschen Volke und dem deutschen Heere. Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt und sein Volk in schwerer Stunde nicht verlassen. Nie hat Hindenburg in der Größe seiner Pflichterfüllung uns näher gestanden als heute. Seine Person steht unter unserem Schutz.

Wir wissen, daß die bürgerliche und soldatische Bevölkerung Kassels ihm nur Gefühle der Verehrung und Hochachtung entgegenbringen wird und er vor jeder Verähtigung sicher ist.

Der Generalfeldmarschall trägt Waffe, ebenso die Offiziere und Soldaten des Großen Hauptquartiers, wenn sie ihn begleiten.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat:
Grzesinski.

Für den Magistrat:
Koch.

Neubesetzung der Reichsämtler.

wib. Berlin, 14. Nov. Ämtlich. Nach dem Bechluss des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämtler wie folgt besetzt worden:

Auswärtiges Amt: Dr. Solf.
Reichsschatzamt: Schiffer.

Reichswirtschaftsamt: Dr. August Müller.
Reichsamt für die wirtschaftl. Demobilisation:
Dr. Köth.

Kriegsernährungsamt: Emanuel Barm.
Reichsarbeitsamt: Bauer.
Kriegsministerium: Schell.
Reichsmarineamt: v. Mann.
Reichsjustizamt: Dr. Krause.
Reichspostamt: Müllin.

Ferner gehören den Reichsämtlern als Unterstaatssekretäre an:

Auswärtiges Amt: Dr. David.
Kriegsernährungsamt: Robert Schmidt.
Reichsarbeitsamt: Giesberth.

Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben:

Auswärtiges Amt: Kautsch.
Reichsschatzamt: Eduard Bernstein.
Reichswirtschaftsamt: Dr. Erdmann-Röhl.
Reichsamt für die wirtschaftl. Demobilisation:
Büchner und Schumann.

Reichsarbeitsamt: Jaekel.
Kriegsministerium: Göhre und Däumig.
Reichsmarineamt: Noke und Vogtherr.
Reichsjustizamt: Dr. Oskar Cohn.

Staatssekretär Erzberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten.

Wegen der Besetzung des Reichsamts des Innern schreiben noch Verhandlungen.

Amerikanische Lebensmittelversprechungen.

Deutsch-amerikanischer Notenwechsel.

wib. Rotterdam, 14. Nov. Wie das „Hollands Nieuwe Dico“ aus Washington erfährt, hat der deutsche Reichskanzler durch Vermittlung des schweizerischen Geschäftsträgers an die amerikanische Regierung folgende Note gerichtet:

Die deutsche Regierung bittet, die Regierung der Vereinigten Staaten möge dem deutschen Reichskanzler auf dringlichem Wege mitteilen, ob die deutsche Regierung damit rechnen könne, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit ist, Lebensmittel nach Deutschland zu senden, falls die Ordnung in Deutschland aufrechterhalten und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel verbürgt wird.

Darauf ist von Lansing folgende Antwort eingelaufen:

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des amerikanischen Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten am 11. November mitgeteilt, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen anlässlich ihrer Beratungen zu Versailles einstimmig beschlossen hätten, alles zu tun, was unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei, um die Völker der Zentralmächte mit Lebensmitteln zu versorgen und die große Not zu lindern, von welcher in verschiedenen Bezirken die Bevölkerung dieser Länder bedroht werde. Man wolle sofort Schritte unternehmen, um diese Versorgung in derselben Weise zu organisieren, wie das mit Belgien geschehen sei. Weiter hat der Präsident sich dahin geäußert, daß es durch Beibehaltung der gegenwärtig stillliegenden Handelsflotte der Zentralmächte möglich sein werde, die leidenden Völker vor übermäßigem Elend zu bewahren, damit die Völker der Zentralmächte die großen und schwierigen Aufgaben, die bei dem Wiederaufbau ihres Landes zu lösen sind, bewältigen können.

Der Präsident beauftragt mich, mitzuteilen, daß er bereit ist, den Transport von Lebensmitteln nach Deutschland in wohlwollenderm Sinne zu erwägen. Er ist ferner bereit, diese Frage sofort mit den verbündeten Regierungen zu erörtern unter der Bedingung, daß in Deutsch-

land die öffentliche Ordnung aufrechterhalten wird und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel verbürgt werde.

(Der Entschluß Amerikas ist zu begrüßen. Immerhin ist es angebracht, vorläufig nicht allzu große Hoffnungen auf die amerikanischen Lebensmittel zu setzen, denn der Weg nach Amerika ist weit und noch immer ist die Blockade der Entente nicht aufgehoben. Bestenfalls kann erst nach Monaten die amerikanische Hilfe wirksam werden.)

wib. Rotterdam, 14. Nov. Nach dem Nieuwe Rotterdam Courant meldet die „Daily News“ aus New York: Die Unruhen in Deutschland haben auf die Amerikaner einen tiefen Eindruck gemacht, deshalb werden in einigen Kreisen Lebensmittel für Deutschland und eine Erleichterung der Blockade als die erste Voraussetzung für die Sicherung des Waffenstillstandes betrachtet. Es heißt, daß Wilson einen ausgearbeiteten Plan für den Völkerverbund hat, einschl. eines internationalen Gerichtshofes und einer internationalen Polizei für die Meere.

Zu dem Waffenstillstand und den Friedensverhandlungen.

Wegen heute folgende Meldungen vor:

m. Köln, 14. Nov. In rasendem Tempo verkehren mit Frontsoldaten besetzte Autos in den Straßen der Stadt, bejubelt von der Kölner Bevölkerung. Die Autos bewegen sich landeinwärts.

hnb. Haag, 14. Nov. Aus Paris wird gemeldet, daß die deutsche Demobilisation wünschenswert verläuft. Die Amerikaner werden danach in der Richtung von Metz nach Straßburg vorrücken, wo sie ungefähr in der nächsten Woche eintreffen würden. Die offizielle Uebnahme beider Städte wird durch Foch erfolgen. Clemenceau und Poincaré werden dabei anwesend sein.

Die Engländer stellen die Besatzungstruppen.

Berlin, 13. Nov. In der „Daily News“ schreibt General Maurice: Es sei wahrscheinlich, daß die Besetzung von Düsseldorf, Köln, Bonn und vielleicht auch Essen den Engländern übertragen werden wird.

Wilson nimmt an den Friedensverhandlungen teil.

hnb. Haag, 14. Nov. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ versichert, daß Präsident Wilson sich jetzt endgültig entschlossen hat, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Er wird Mitte Dezember in England erwartet.

Friedensinterpellation der französischen Sozialisten.

Genf, 14. Nov. Die „Humanité“ meldet: Die Vereinigten Sozialisten haben in der Kammer eine Interpellation eingebracht, die die Ausföhrung imperialistischer Ziele bei den Friedensverhandlungen, die Rückgabe des linken deutschen Rheinufers an die deutsche Republik außer Elzsaß-Lothringens fordert und für Elzsaß-Lothringen Sicherungsmaßnahmen fordert, daß der freie Wille des zurückkehrenden Volkes seine gebührende Beachtung findet.

Täglich 16 Kilometer Räumung.

M. Haag, 14. Nov. Aus belgischer Quelle verläutet, daß die Alliierten in ihren jetzigen Stellungen noch drei Tage verbleiben werden. Vom dritten Tage ab werden sie täglich 16 Kilometer vorgehen. Die Deutschen müssen also täglich 16 Kilometer räumen. Daraus ergibt sich, daß die Alliierten am Sonntag in Brüssel und Antwerpen sein werden.

Keine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Köln, 14. Nov. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus dem Haag: Hier wurde folgendes drahtloses Telegramm des verbündeten Oberkommandos an das deutsche Oberkommando aufgesandt:

Wir können jetzt keine Veränderungen an den Bedingungen vornehmen, die in den Ergänzungsstücken und in dem Anhang des Waffenstillstandes festgelegt worden sind. Es wurde eine Ergänzungsfrist von 24 Stunden für die Räumung Belgiens, Luxemburgs und Elzsaß-Lothringens der bereits bewilligten Verzögerung von 14 Tagen hinzugefügt, um das deutsche Hauptquartier in die Lage zu versetzen, daß ihm die endgültige Fassung des Textes rechtzeitig zugeht.

Die Verhandlungen in Spa.

wib. Berlin, 13. Nov. Vertreter der Entente sind in Spa eingetroffen, um dort mit unseren

mit Nachru...
gezeichnet...
Botschaft...
trauen ein...
führt, daß...
tation zu...
unseres sta...
muß. Alle...
in der ge...
vorsteht, d...
deswegen...
keine Stör...
keine Stre...
heute die...
verfälscht...
bereits we...
ner haben...
tag beschä...
und nicht...
als jeden...
alles verä...
schen, frei...
ders für d...
stimmungs...
Ordnung...
sich alles...
müßte güt...
kung, ab...
führt. Mi...
den ihnen...
nicht mel...
hen. S...
reit ein...
reien so...
freiheit...
Noch bis...
Reichstag...
Uhr wied...
daß die...
heit des...
und Sold...
teilung...
auschüsse...
dlich, w...
wird, w...
Boll...
el geleit...
röpte Re...
u werde...

Delegierten die mit dem Abschluß des Waffenstillstandes zusammenhängenden Fragen weiter zu besprechen. Der Staatssekretär a. D. v. Hinzke ist, wie wir gegenüber irrthümlichen Annahmen feststellen, an diesen Verhandlungen nicht beteiligt.

Rußland bricht das Völkerverbot.

M. Berlin, 14. Nov. Von maßgebender Seite wird der „Berl. M.“ mitgeteilt: Das Personal der deutschen Generalmission in Moskau und Petersburg ist interniert worden. Es ist nicht sicher, von wem diese Maßregel ausgeht. In Petersburg ist das deutsche Generalkonsulat in den Händen eines revolutionären Ausschusses, das seine Festnahme mit Hilfe von Rotgardisten vorgenommen hat, und über dessen Zusammensetzung man keine näheren Nachrichten hat.

Protest der deutschen Bevollmächtigten.

M. Berlin, 14. Nov. Die deutschen Bevollmächtigten haben bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes noch folgende Erklärung abgegeben:

Die deutsche Regierung wird selbstverständlich bestrebt sein, mit aller Kraft für die Durchführung der auferlegten Verpflichtungen Sorge zu tragen. Die unterzeichneten Bevollmächtigten erkennen an, daß in einigen Punkten auf ihre Anregung hin, Entgegenkommen gezeigt worden ist. (Es folgt Bezugnahme auf einen am 9. und 10. November stattgefundenen Austausch von Schriftstücken zwischen den deutschen Waffenstillstandsbevollmächtigten und Marshall Hoch.)

Sie dürfen aber keinen Zweifel darüber lassen, daß insbesondere die Kürze der Räumungsfrist sowie die Abgabe unentbehrlicher Transportmittel, einen Zustand herbeizuführen drohe, der ohne Verzicht der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die weitere Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen kann.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten erachten es ferner für ihre Pflicht, unter Berufung auf ihre wiederholten mündlichen und schriftlichen Erklärungen, noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Durchführung dieses Abkommens das deutsche Volk in Anarchie und Hungersnot stürzen muß. Nach den Räumgebungen, die den Waffenstillstand eingeleitet haben, müßten Bedingungen erwartet werden, die bei voller militärischer Sicherung unserer Gegner, die Qualen der am Kampfe Unbeteiligten, der Frauen und Kinder, beendet hätten.

Das deutsche Volk, das 50 Monate lang standgehalten hat gegen eine Welt von Feinden, wird ungeachtet jeder Gewalt, seine Freiheit und Einheit wahren.

Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht.

Erzberger, Graf Oberndorff, von Winterfeld, Basel.

Frankreich will nicht den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

M. Berlin, 14. Nov. Der Korrespondent der Deutschen allgemeinen Zeitung erfährt, daß gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland nur Frankreich sich ablehnend verhält. Amerika und England erheben keine Einwände.

Feindliche Haltung der Elsaß-Lothringer.

M. Haag, 14. Nov. Das deutsche Oberkommando hat am frühen Nachmittag des 13. Nov. einen Funkpruch folgenden Inhalts an das alliierte Oberkommando geschickt:

Verriegelte Lippen.

Roman von A. M. Allen.

3. (Kontinuation von Teil 2.)

Plauemann griff unglücklich nach seiner Brieftasche. Während er auf das blaße, erregte Gesicht, das dicht vor ihm war, ebenso langsam öffnete er sie.

Der andere stand vor ihm wie ein Räubtier, bereit, sich auf seine Beute zu stürzen.

Ein schmaler Zettel holte er hervor, entfaltete ihn ebenso unglücklich.

Die Hände des jungen Barons zitterten. Man sah es, er hielt sich mit Gewalt zurück, dem langsam das Papier zu entreißen, das sein Schicksal trug.

Und nun las Plauemann, Wort für Wort betonend, breit und hässlich:

„Meinem Neffen Enno Bohsen-Altenhausen vermachte ich das Vermögen, das ich betreffende Verfügungen, das unter meinem Namen in meinen Papieren zu finden ist. Er wird daraus sehen, daß er bereits weit mehr erhalten hat, als ihm von Rechts wegen aus meinem Nachlaß zufallen sollte.“

Jetzt trachte der Stuhl noch einmal in den ihn kramphast umspannenden Händen. Ein blaßes, verzerrtes Gesicht grünte Plauemann entgegen. Mit atomischer Spannung waren die tiefliegenden Augen auf ihn gerichtet, und der blaße, zitternde Mund stieß tonlos hervor:

„Weiter.“

„Da ich in ihm jedoch, als dem einzigen Sohn meines ältesten Bruders, den Träger unseres Namens erblicke, bestimme ich, daß ihm jährlich eine Rente von fünftausend Mark ausbezahlt wird.“

Womit schloß er die zitternde Hand den Stuhl von sich. Er fuhr schnap auf dem erschrockenen Plauemann vorüber, und splitterte krachend gegen die Wand.

„Verdammt! Bittel!“ schrie Baron Enno von Bohsen auf. Dann sagte er Plauemann bei der Schulter und schüttelte ihn. „Weiter nichts, weiter nichts!“

Mit einem unwilligen Ruck befreite sich der Geschüttelte.

„Ich muß doch sehr bitten, Herr Baron, doch sehr.“

Der junge Mann griff mit der Hand nach der Kehle, bleichen Stirn.

nachtet: Die französische Bevölkerung Elsaß-Lothringens nimmt an gewissen Punkten eine feindliche Haltung den deutschen Truppen gegenüber ein. Um Kollisionen zu vermeiden, erlauben wir die französische Regierung, die Elsaß-Lothringer radiotelegraphisch zur Ruhe zu ermahnen.

Verzicht des Verbandes auf Kriegskosten.

Zürich, 14. Nov. „Corriere“ meldet aus Paris: Die Verbündeten haben in Versailles auf die Erstattung der Kriegskosten durch den Feind verzichtet. Die französischen Entschädigungsforderungen sollen Billigkeit veranlagt werden. Ob die Konferenz Maßnahmen gegen den nach Holland geflüchteten Kaiser beschließen wird, ist noch keinesfalls sicher.

Ungarn und Böhmen im Kriegszustand.

M. Budapest, 14. Nov. In Preßburg werden alle Vorbereitungen getroffen um die Stadt gegen Angriffe der Tschechen zu verteidigen. Die Tschechen stehen jetzt 22 Kilometer von Preßburg entfernt.

M. Budapest, 14. Nov. Die gestrige amtliche Meldung von der Rückkehr der tschechischen Truppen durch General Francet ist unrichtig.

Der tschechische Präsident.

M. Prag, 14. Nov. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde Prof. Masarik zum Präsidenten der tschechischen Republik gewählt.

Die Auflösung des Reichstages.

M. Berlin, 14. Nov. Die Auflösung des Reichstages ist gestern von dem Sechsmännerkollegium beschlossen worden. Man geht dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß die Fraktionen als gesetzgebende Faktoren hinfällig geworden seien, weil zu ihrer Wirksamkeit die ergänzende Zustimmung des Bundesrats, und des Kaisers, die nicht mehr existieren, fehlen.

M. Berlin, 14. Nov. Die „Deutsche Tageszeitung“ macht in einem Beilagenheft über die Ausschaltung des Reichstages folgende Anmerkungen: Die Rechtswirksamkeit einer Ausschaltung des Reichstages kann und wird auch von der Sozialdemokratie nicht bestritten werden. Wir sind überzeugt, daß eine Mitwirkung des Reichstages insoweit zu erreichen sein wird, daß diese im höchsten Maße dazu beitragen würde, die Verunsicherung, die jede Verletzung des Reichsgesetzes im deutschen Volke verursachen muß und die weitestgehende Kreise unseres Volkes tatsächlich beherrscht, zu beseitigen und der sozialdemokratischen Regierung fester Rückhalt zu geben. Ueberaus befremdlich ist, daß die bürgerlichen Reichstagsparteien gegen die Ausschaltung des Reichstages bisher nicht offen Widerspruch erhoben haben.

Meldungen aus den deutschen Bundesstaaten.

M. Karlsruhe, 14. Nov. Der Staatsminister a. D. v. Bohmann teilt der provisorischen Regierung folgende Erklärung des Großherzogs mit:

„Ich will kein Hindernis derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes sein, welche die verfassungsgebende Versammlung beschließen wird. Bis zu deren Entscheidung verziehe ich auf die ausübende Regierungsgewalt.“

„Raffen Sie es gut sein, ich —“

„Man ist doch auch sozusagen ein Mensch, Herr Baron.“

„Na ja, na ja, ich wollte Ihnen ja auch nicht zu nahe kommen. Aber das, das...“

„Es ist noch nicht zu Ende, Herr Baron. Der alte Herr hat noch bestimmt für den Fall, daß...“

Plauemann sprach jetzt in gereiztem Ton. Offenbar war er verdroffen.

Ein Souffleurstrahl flatterte in den Augen des jungen Barons auf.

„Na, zum Donnerwetter, wollen Sie reden?“

„Und wenn ich nicht wollte?“ sagte Plauemann scharf. Er hatte sich jetzt ganz aufgerichtet, das Gesichtsfeld in seinem Wesen war völlig verändert.

Verächtlich murmelte ihn der junge Baron. Mit Nähe hielt er sich zurück.

„Na, dann nicht, wenn Sie nicht wollen.“

„Aber das war nicht nach Plauemanns Geschmack. Er wollte seinen Triumph haben.“

„Sollte mein Nasse indessen den Versuch machen wollen, sich der Landwirtschaft zu widmen, so steht es ihm frei, drei Jahre lang in Passerode unter meinem Amtmann Börsch zu arbeiten. Je nach dem Ausfall dieses Versuches werden die weiteren Bestimmungen meines Testaments alsdann maßgebend werden.“

Baron Enno von Bohsen stieß einen knirschenden Laut aus. Das sah ihn ähnlich, dem Alten! Sieht ihn ähnlich! Nicht nach Haiselrode einsperren zu wollen, zu dem Dröwold, dem Bauern! Nicht mit lumpigen fünftausend Mark im Jahr sitzen zu lassen, für die paar Hundert, die er für mich bezahlt hat! Verdammt! Wennigstens! Er hatte sich in einem der tiefen Kabinett geworfen, und starrte abwesend vor sich hin, während er seinen Schweißbart malträtierte. Dann fuhr er wieder in die Höhe. „Und wer erbt denn, wer?“

Herr Plauemann hatte ihn während der ganzen Zeit nicht aus den Augen gelassen. Sein glattrasiertes Gesicht verriet nichts von dem, was in ihm vorging. Und jetzt machte er eine bedauernde Miene.

Herr Baron, das kann ich wirklich nicht. Den Passus, der Sie betrifft, habe ich mir aufnotiert, weil ich es Ihnen nun einmal in einer schwachen Stunde versprochen habe.“ Aber da zuckte ein fast diabolisches Grinsen über das barocke Gesicht. Er hatte einen plötzlichen Einfall. „Schnap Sie sich doch noch einen. Ein paar ver-

gierungsgewalt. Auch wünsche ich für den Fall, daß es die provisorische Regierung als ein Gebot der Stunde erachten sollte, die republikanische Staatsreform schon vor der Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung zu beschließen, daß die Beamten im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit ihren Dienst weiter führen und sich niemals durch Rücksicht auf meine Person oder die Treue und Anhänglichkeit an mein Haus abhalten lassen, die Anordnungen der neuen Regierung zu befolgen. Gott schütze mein liebes Badener Land!“

M. Karlsruhe, 14. Nov. Die badische vorläufige Regierung hat folgende Erklärung erlassen:

„Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet. Die Staatsgewalt befindet sich in den Händen der badischen vorläufigen Volksregierung, die hierdurch Baden für eine freie Volksrepublik erklärt. Endgültig über die Staatsreform entscheidet die badische Nationalversammlung, die am Sonntag, den 5. Januar 1919, gewählt wird. Sie tritt innerhalb 10 Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen.“

M. Koburg, 14. Nov. Der Herzog von Koburg-Gotha ist gestern zurückgekehrt.

M. Weimar, 14. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat beschlagnahmte das Großherzogliche Schloß in Eisenach, die Wartburg und Schloß Wilhelmstal, die sämtlich Arconten sind.

M. Kassel, 14. Nov. Der A- und S-Rat erhielt folgendes Telegramm vom A- und S-Rat Waldeck: „Der Fürst schante gestern nachmittags ab, freiwillig zurückzutreten und wurde deshalb für abgesetzt erklärt. Sonst alles ruhig.“

Die Arbeiter- und Soldaten-Räte zu Zahlungsanweisungen nicht befugt.

M. Berlin, 13. Nov. (Antik.) Aus Anlaß mehrerer Einzelfälle hat die Reichsregierung entschieden, daß Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt sind, Zahlungen aus Regierungskassen und Kreisassen anzuweisen und zu erheben. Ebenso sind die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt, bisherige Gebühren selbstständig zu erhöhen.

M. Berlin, 13. Nov. Der Volksrat des Arbeiter- und Soldatenrates hat beschlossen, die Bildung einer Roten Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereit erklärt haben, jederzeit zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zur Befestigung der sozialen Republik ihr Leben einzusetzen.

Die Matrosen wollen keinen Bolschewismus.

M. Berlin, 13. Nov. In der bereits gemeldeten vom Volksrat des Arbeiter- u. Soldatenrates einberufenen Soldatenversammlung, erklärte der Matrose Strobel, daß die Marine sich entschieden für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einsehe. Es muß vor allen Dingen jeder Terror unterdrückt werden. v. Baerfelde habe die Revolution in das Fahrwasser der revolutionären Richtung leiten wollen und sei deshalb von seinem Posten entbunden worden.

Sicherheit der Banken und Sparkassen-Einlagen.

M. Berlin, 13. Nov. Innerer wieder verkauft im Publikum zu der Abhebung bei den Banken und Sparkassen liege zu einem großen Teil die Befürchtung zugrunde, das Verfügungsrecht über die Einlagen zu verlieren. Die Regierung legt

wunderliche Bestimmungen hat der alte Herr getroffen. Vielleicht wäre es Herrn Baron doch nützlich, das zu wissen. Und wenn Herr Baron mir vielleicht schriftlich geben wollen, daß wegen der kleinen Geschäfte, Herr Baron wissen ja, kein Aufhebens mehr gemacht wird...“

Baron Bohsen lachte nervös auf.

„Was Bunte Ihnen das mitßen, Plauemann! Sie trauen mir ja doch nicht. Und wenn Sie auch schriftlich haben, wer steht Ihnen dafür, daß ich mein Versprechen auch halte?“

Neben Plauemanns Gesicht ging ein schlaues Rädeln.

„Offenheit gegen Offenheit, Herr Baron. Geschrieben ist geschrieben. So ein Schriftkuddeln hat immer seinen Wert, als Beweis, daß ein Geredandant geleistet ist.“

„Und da denken Sie, ich sollte Ihnen so etwas Gefährliches in die Hände geben.“

„Gefährlich braucht es nicht auszuweisen“, sagte Plauemann vorsichtig. „Weil ich mir gedacht habe, daß es so kommt, habe ich gleich hier aufgesetzt, wie ich mir denke, Herr Baron. Ohne das würde wohl nicht gehen, da behalte ich mein Geheimnis für mich.“

„Was was wert sein, Herr Geheimnis“, murmelte der Baron verächtlich und doch unsicher.

Plauemann schaltete diskret.

„Achttausendhunderttausend Mark ist wert, Herr Baron. Achttausendhunderttausend Mark, die für einen jungen, hübschen Herrn zu kriegen sind oder nicht zu kriegen. Und vielleicht kommt es nur darauf an, wer der Erste ist, der weiß.“

Darauf können Sie mir schließlich doch Ihr schriftliches Versprechen geben, nichts gegen mich zu tun. Sehen Sie hier, weiter steht nichts darauf.“

Baron Bohsen nahm mit Widerstreben den Zettel. Aber dann hefte sich sein Gesicht auf.

„Na ja, das will ich Ihnen geben in Tausend Namen. Dabei kann mir nichts passieren.“ Er war an den Schreibtisch getreten und hatte mit schnellem Zug seinen Namen geschrieben.

Dies aufnehmend steckte Plauemann den Zettel ein, nachdem er ihn vorher vorsichtig abgelesen hatte. Dann trat er ganz nahe an den jungen Mann heran, und flüsterte ihm einen Namen ins Ohr.

Baron Bohsen stieß einen unartikulierten Laut aus und wurde blaß.

„Unmöglich, Plauemann! Sie haben sich verheißt!“

Plauemann zuckte die Achseln. „Wie der Herr Baron meinen. Dann werde ich mich wohl verheißt haben. Und

Wert darauf, solchen gänzlich unbegründeten Mutmaßungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. In keiner Weise wird eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben oder sonstigen Depots irgendwelcher Art beabsichtigt oder auch nur erwogen.

In ganz Belgien Revolution.

M. Haag, 14. Nov. In ganz Belgien ist Revolution. In Brüssel herrscht ein deutscher Soldatenrat schärfster Richtung. In den Straßen wird fortwährend gekämpft. Es gab viele Tote und Verwundete. Eine große Gefahr bilden die deutschen Waffenbestände.

Königstreue U-Boote auf der Flucht.

M. Stockholm, 14. Nov. Gestern wurden von der Karlskronaer Seeleitung fünf deutsche U-Boote gesichtet, die die deutsche Kriegsschiffe hielten. Der schwedische Oberbefehlshaber war den Schiffen entgegengefahren, nachdem das U-Boot 124 mißgeleitet hatte, daß sie sich eine revolutionären Deutschland nicht unterzuordnen beabsichtigen. Die U-Boote dürften in Karlskrona einlaufen. Die Offiziere und Mannschaften wurden interniert. Als Daglight Allenda zufolge lief gestern ein deutscher Hilfskreuzer vor Malmö ein. Dieser Hilfskreuzer gehörte der gegenrevolutionären Aktion der deutschen Flotte in Sankt an. Der von Königsbreiten Marineoffizieren auf Mägen geleitete Hilfskreuzer wünschte ebenfalls die Internierung in Schweden.

Die rote Fahne über den französischen Schützengräben.

M. Baden, 13. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Die Besatzungen der heute nachmittag 1.30 Uhr von der Front hier zurückgekehrten Flugzeuge melden, daß in den französischen Schützengräben von den belgischen Grenze bis Mons die rote Fahne gehißt ist und daß die deutschen Truppen sich mit den französischen verbündet haben.

Regierungseindliche Bewegung in Madrid.

M. Madrid, 13. Nov. „Corriere“ meldet aus Madrid: Hier ist eine regierungseindliche Bewegung aufgebrochen. Der König hat die Reise nach Barcelona aufgegeben. Eine Anzahl Offiziere wurden verhaftet.

Warnung!

M. Berlin, 12. Nov. In den letzten Tagen ist wiederholt in den Betrieb und die Verwaltung des öffentlichen Verkehrs eingegriffen worden. Es wird dringend davor gewarnt, solche Eingriffe zu wiederholen. Zur Lösung der schweren Aufgaben, die dem Volke gestellt sind, zur Durchführung der harten Waffenstillstandsbedingungen, zur Rückförderung der Truppen, zur Ernährung des Volkes und des Heeres ist ein ungehinderter Gang der Eisenbahnverwaltung erforderlich. Jede Einmischung von außen, auch wenn sie in bester Absicht geschieht, kann unabsehbare Unheil stiften. Werden die Maßnahmen festgelegt, so werde man sich an den Volksbeauftragten Dittmann, dem die Aufsicht über das Verkehrswesen übertragen ist, aber man habe sich, die einzelnen Bahnbefehlshaber oder gar das Eisenbahnministerium durch unmittelbare Anordnungen in seiner Arbeit lahm zu legen. Wer das tut, leistet der Sache des Volkes und der Freiheit einen schädlichen Dienst. Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase.

Beschlagnahme des Kronfideikommissvermögens.

M. Berlin, 13. Nov. Die preussische Regierung erklärt folgende Bekanntmachung betr. Beschlagnahme des preussischen Kronfideikommissvermögens. Sämtliche zum preussischen Kronfideikommissvermögen gehörigen Gegenstände werden hierdurch mit Beschlag belegt. Die Verwaltung wird dem preussischen Finanzministerium übertragen. Das nicht zum Kronfideikommissvermögen gehö-

dann kam ich wohl gehen. Ich höre sonst ganz ausgezeichnet“, sagte Plauemann nachdrücklich. „Und im übrigen, ich kenne meinen Herrn, und das ist ihm wohl zu vertrauen. Ich kann Ihnen auch sagen, daß Justizrat Holz Entschuldigungen hat einzubringen müssen, sehr genaue. Sie müssen zufriedenstellend ausgefallen sein.“

„Toll! Toll!“ murmelte Baron Bohsen vor sich hin. Er ließ jetzt wieder tonlos im Zimmer auf und ab.

„Ich glaube einmal gehört zu haben, daß der alte Baron seinerzeit da einmal ein kleines Interesse gehabt hat.“

Der junge Mann sah erstaunt auf. Das würde die Sache ja erheblich machen. Und darüber konnte schließlich tante Eleonore Auskunft geben. Die Mitteilung Plauemanns hatte ihn so erregt, daß er einen Augenblick die eigene Enttäuschung zu vergessen schien. Dann aber kam sie ihm wieder zum Bewußtsein.

Und Herr Plauemann konnte mit den Folgen seiner Mitteilung zufrieden sein, sofern er sich ihre Wirkung auf dem Wege hierher als erfreuliche Genugtuung für sich selber ausrechnen konnte. Er war es auch wirklich. Als er nach kurzer Zeit wieder auf der Straße stand, war er noch einen betrübten Blick nach den Fenstern der zweiten Etage, hinter denen Baron Enno von Bohsen jetzt alle seine großen Hoffnungen begraben mußte. Plauemann blieb plötzlich stehen und stompfte mit dem Fuß. Warum hatte er sich hineinreden lassen, ihm das anders zu erzählen! Man hatte der da oben doch vielleicht wieder eine Hoffnung, an die er sich anklammern konnte. Da hatte ihm seine Gutmütigkeit wieder einmal einen Streich gespielt! Aha! Diese Hoffnung hing an einem soeben verlorenen Faden. Das mußte Baron Bohsen wahrlich einfallen lassen. Und war schließlich gar keine Plauemanns, wenn die näheren Umstände. Nein, sehr gering konnte diese Hoffnung nur sein, so gering, daß sie den Joren des enttäuschten Erben eigentlich nur vermehren konnte. Und als Herr Plauemann das festgestellt hatte, wurde ihm wohl zumut. Er fand, daß das Leben schon sei und wert, gelobt zu werden, und daß er diesen Abend noch den Ereignissen des Nachmittags gründlich auszuweichen wollte und müsse. Und so verabschiedete er sich der inneren Stadt zu und stand lange vor einer der Aufstiegsstufen, die zu dem dort Großhändlerwohnungen locken, ehe er sich entschloß, welcher Richtung er folgen sollte.

(Fortsetzung folgt.)

en Mut-
gegenzu-
gnahme
sonstigen
ber auch

evolution.
schärfster
gehemmt.
he Gefahr

a von der
ge schickt,
schwebende
engestrichen,
ah sie sich
erzuernden
Krona ein-
enden inter-
geleiten ein
en Stills-
der deut-
nigstrenen
Hilfskreuzer
beden.

engraben.
Soldatenrat
130 Uhr
ge werden,
er begehren
und daß die
verbrübert

Madrid.
us Madrid:
g aufgedeckt.
aufgegeben.

agen ist wie-
des öffent-
Es wird
wiederholten.
an Völle ge-
Waffenstil-
er Truppen,
ist ein unge-
erforderlich
sie in besser
stiften. Wer-
lich an den
acht über das
hüte sich, die
unabminis-
seiner Arbeit
Sache des
Dienst. Der

ermögens.
Regierung
r. Beschlag-
nimmungsver-
ronfideikom-
werden hier-
haltung wird
übertragen.
ungen gehö-

ist ganz ausge-
und im über,
im wohl zu-
das Zustiziat
en, sehr genaue,
sein.
n vor sich hin-
auf und ab.
n, daß der alte
Interesse gehabt

Das würde die
tante schließ-
Die Mitteilung
einen Augenblick
en. Dann aber

n Folgen seiner
ch ihre Wirkung
Gegenwartung für
s auch wirklich
er Stöße stand.
ach den Konstituen-
sinn von Wohl-
en mußte. Man
e mit dem Zustiz-
n das andere zu
vielleicht wieder
nen konnte. Da
mal einen Streich
an einem selbst-
schneidlich selber
einmal Mannmann
er gering konnte
sie den Zorn des
yren konnte. Und
olle, wurde ihm
hon sei und wert
end nach den Er-
äuten wolle und
ren Städt zu im-
alen, die zu him-
er sich entschied

wie, in Sondereigentum des Königs und der Kgl.
Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht
berührt.

Bekanntmachung.

Wb. Berlin, 13. Nov. Nachdem wir heute im Auf-
trage des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates
die Staatsleitung in Preußen übernommen haben, fordern
wir sämtliche preussischen Behörden und Beamte auf, ihre
amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im
Interesse des Vaterlandes zur Erhaltung der Ordnung
und Sicherheit beizutragen, wogegen ihnen ihre gesetz-
lichen Ansprüche unverkürzt gewahrt bleiben sollen.

Berlin, 13. November 1918.

Die preussische Regierung:

Girsch, Strobel, Braun, Eugen Ernst, Haenisch,
Wolff Hoffmann.

Wb. Berlin, 13. Nov. Die preussische Regierung (ge-
leitet von Girsch, Strobel) hat an alle Oberpräsidenten und
Regierungspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:
In einer Reihe von Stadtgemeinden ist die Stadtver-
ordnetenversammlung und die Deputationen aufge-
hoben und an ihre Stelle sind für die gesamte Gemein-
deverwaltung die zur Durchführung der Revolution ge-
bildeten Organe gesetzt worden.

Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grund-
legenden Grundsätzen der neuen Zentralorgane in Reich und
Land. Es gefährdet aufs höchste den ruhigen Fortgang
der Volksernährung, der Unterstützung bedürftiger Ge-
meinden, der Krankenfürsorge und aller sonstigen kommu-
nalen Aufgaben. Selbstverständlich können grundlegende
Veränderungen in der Organisation einzelner Gemeinde-
verwaltungen nur infolge einheitlichen gesetzgeberischen
Vorgehens erfolgen. Nachdem am gestrigen Tage der
Rat der Volksbeauftragten ein bestimmtes Programm für
Wahlen zu öffentlichen Körperschaften vorgelegt hat,
bleibt bis zu dessen Durchführung die bisherige Organi-
sation in allen Stadtgemeinden und sonstigen kommunalen
Verbänden bestehen.

Wb. Berlin, 13. Nov. Wir ersuchen dringend auf die
Bewohner einzurufen, daß sie ruhig an ihrem Wohn-
ort bleiben und nicht aus Furcht vor feindlicher Besetzung
fliehen. Die Ernährungslage verbessert sich, je größer
Bewohnerbewegungen vorzunehmen, da die Aus-
ziehenden in anderen Kommunalverbänden nicht mit ver-
sorgt werden können. Flüchtlinge würden daher dem
größten Elend entgegengehen. Die Reichsleitung: Ebert,
Haege.

Wb. Berlin, 13. Nov. Die Aufrechterhaltung der
Volksernährung erfordert unbedingt, daß keinerlei Ein-
griffe in die öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel durch
unbefugte Stellen vorgenommen werden. Verfügungen
von Arbeiter- und Soldatenräten über Bestände an Mehl,
Getreide und andere Lebensmittel, die der Reichsgetreide-
stelle, einer anderen Lebensmittelstelle oder einem Kom-
munalverband angehören, müssen daher unbedingt unter-
bleiben und soweit sie getroffen sind, sofort rückgängig
gemacht werden. Die Reichsleitung: Ebert, Haege.

Wb. Berlin, 13. Nov. Folgende Herren sind zu päd-
agogischen Sachverständigen für das Unterrichtsministerium
ernannt: Dr. M. H. Baegge, Dozent; Dr. Blumentberg,
Oberlehrer; Fritz Kuntz, Volksschullehrer; Dr. Gustav
Wynne, Schuldirektor; Adolf Hoffmann, Konr. Haenisch.

Wb. Berlin, 13. Nov. (Mittlich.) Aus den links-
rheinischen Provinzen wird gemeldet, daß die Bevöl-
kerung durch Gerüchte brennend wird, nach denen die
Alliierten beabsichtigen, bei der Besetzung dieser Gebiete,
die wehrpflichtige deutsche Bevölkerung zu internieren.
Demgegenüber sei festzustellen, daß diese Behauptung gän-
zlich haltlos ist. Auf Seiten der Entente bestehen für eine
derartige Maßregel nicht die geringsten Gründe.

Wb. Kassel, 14. Nov. Generalkommandant von
Hindenburg ist heute vormittag 11½ Uhr mit dem
Großen Hauptquartier hier eingetroffen und hat im Wil-
helmshöher Schlosshotel Wohnung genommen. Am
Bahnhof hatten sich ein Vertreter des Arbeiter- und Sol-
datenrates und für die Stadterverwaltung der Oberbürger-
meister Koch eingefunden.

Wb. Lübeck, 13. Nov. Nach feierlicher Musikkunde
der Deutschen Republik steht in der deutschen der deutschen
Städte die rote Fahne. Wir fordern Euch auf, mit uns
gemeinsam die dem schwergeprüften Volke endlich Frei-
heit und Ruhe zu erster Arbeit zu verschaffen. In
diesem Sinne an alle unsere Gräße. Es lebe der deutsche
Zentralrat, die deutsche Volksrepublik! Der Arbeiter-
und Soldatenrat Lübeck. Hans Zeiß, Ketschold, Richter,
Bronne, Hart.

Wb. Amsterdam, 13. Nov. Der niederländische Tele-
graphenagentur zufolge teilt der Minister des Auswärtigen
mit, daß das Schloß von Ammerongen von seinem Be-
sitzer auf Grund der holländischen Regierung als zeit-
weiliger Aufenthalt dem früheren deutschen Kaiser zur
Verfügung gestellt wurde.

„Ein freies Hannover.“

Berlin, 14. Nov. Die deutsch-hannoverschen Reichs-
tags-Abgeordneten haben an alle Hannoveraner einen
Aufruf erlassen, in dem sie im freien Deutschland ein
freies Hannover fordern. Unter den gleichberechtigten
deutschen Bundesstaaten müsse auch Hannover die ihm
gehührende Stellung wieder einnehmen.

Herford und Minden- Ravensberg.

15. November.

Heraus mit den Aufträgen!

Der Krieg ist in Liquidation, der Staat als
Auftraggeber von hunderttausend Betrieben, als
Abnehmer von zahlreichen Gegenständen für den
Kriegsbedarf, fällt damit fort. Damit stoßen wei-
tens Kreise, unseres Wirtschaftslebens vor der Ge-
fahr der Arbeitslosigkeit. Welche Gefahren für
Reich und Staat, für unser ganzes Wirtschafts-
leben und für die Einzelnen und ihre Familien
das bedeutet, ist gar nicht auszubedenken.

Es gilt also mit allen Mitteln einer Arbeits-
losigkeit in größerem Umfang vorzubeugen. Für

den von den Arbeitgebern als selbstverständlich ein-
fach zu verlangende weitestmögliche Wiedereinstel-
lung ihrer zurückkehrenden früheren Arbeitskräfte
ist die unerlässliche Bedingung, daß die Betriebe
selbst Arbeit haben. Heraus deshalb mit den
Aufträgen! Bei Reich, Staat und Gemeinden, in
Industrie und Landwirtschaft, in Haus und Hof
haben während des Krieges wegen der vorzugs-
weisen Befriedigung der Ansprüche der Heeres-
und Marineverwaltung Aufträge, die Millionen-
werte darstellen, zurückgestellt werden müssen. Um-
fassende Vorbereitungen für Notstandsarbeiten,
die aber naturgemäß nur gewissen Arbeitergrup-
pen zugute kommen können, sind von Staat und
Gemeinden getroffen, größere Geldbewilligungen
erfolgt. Darüber hinaus müssen aber auch durch
alle privaten Auftraggeber alle geeigneten Ar-
beiten und Reparaturen an Häusern, Instand-
setzungen an Bekleidungsgegenständen, Möbeln, Einrich-
tungsgegenständen usw. in Auftrag gehen. Für
viele wird die Versuchung groß sein, mit den Auf-
trägen vorerst zurückzuhalten, in der Annahme
später zu niedrigeren Preisen die Arbeiten vergeben
zu können. Handelt es sich um kleine Aufträge,
darf sich der Einzelne nicht von kleinem Eigen-
nutz leiten lassen, vor allem dann nicht, wenn er
den zahlungsfähigen Kreisen angehört, sondern
er muß hier im Interesse der Allgemeinheit das
kleine Opfer bringen, handelt es sich doch hier da-
rum, demnächst Arbeit und Verdienst zuzuführen,
die auch für ihn an der Front Gut und Blut auf
Spiel gesetzt haben. Nur dadurch kann einem
Notstand vorgebeugt werden. Sehr wichtig ist die
Verteilung der Aufträge. In der Regel wird man
an die früheren Lieferanten und Handwerker her-
antreten. Wo dies wegen Eingehens des Betrie-
bes durch Tod, schwere Verwundung usw. nicht
möglich ist, müssen seitens der Innungen usw.
Annahme- und Vermittlungsstellen eingerichtet
werden. Die Inanspruchnahme solcher Annahme-
und Vermittlungsstellen hätte weiter den großen
Vorteil, daß die Verteilung der Arbeiten und Liefe-
rungen je nach Leistungsfähigkeit des Betriebes
und der Menge der in ihm bereits vorliegenden
Arbeit erfolgen könnte, wodurch eine gleichmä-
ßigere Verteilung und Beschäftigung aller in
Betracht kommenden Betriebe erreicht würde.

Die Frage der Arbeitsbeschaffung bei der De-
mobilisierung ist für die Aufrechterhaltung von
Ruhe und Ordnung im Staats- und Wirtschafts-
leben von allergrößter Bedeutung. Jeder Ein-
zelne kann bei einigermaßen gutem Willen ge-
richtete Aufträge auf Arbeit und Lieferungen ver-
geben und dadurch mit dazu beitragen, daß ein
Notstand vermieden wird und Ruhe und Ordnung
gewahrt bleiben. Also heraus mit den Aufträgen!

Berliner Brief.

Eine Freundin unseres Blattes schreibt aus
Berlin vom 10. November an ihre hiesigen Ver-
wandten:

Schnell einen Gruß für Euch, der Euch wieder
und wieder sagen soll, daß Ihr Euch um mich
gar nicht zu sorgen braucht. Die Sonne scheint
vom blauen Himmel der dunklen Welt zum Trost
und hält mit ihren goldenen Strahlen eine schöne
Sonntagspredigt von unvergänglichem Licht und
von ewig neuem Leben. Und wie ein
Durstender laugt man diese Predigt in sich hinein.

Ich weiß nicht, was zu Euch für Gerüchte kom-
men über Berlin. Bitte, zieht von allem Un-
regenden erstmalig unbefehligt jenseits ab. Es
ist fabelhaft imposant und erschütternd zugleich,
mit welcher großer Ernst und eherner Ruhe der
gestrige große Tag verlief. Ich gewann einen
Eindruck am späten Nachmittag. Mit lautlosem
Schweigen läßt die Menge die Autos mit den roten
Fahnen, die alle Munde vorbeiführen, vorüber.
In den Autos ernste, schweigende Gesichter. Ich
hatte den Eindruck, daß diese Leute Erleichterung und
Verantwortung zugleich empfinden, wohl verbun-
den mit einem menschlichen Zittern vor der Ge-
walt der Ereignisse.

Jeder muß sich nun auf sich selbst besinnen und
in die Tiefe steigen bis zu dem Punkte, wo ein
ewiger Quell aus ewigem Brauen in uns rinnt.
Und durch die Jahrhunderte reichen sich alle klei-
nen Menschenhände großer Zeiten die Hände und
sind gleich vor einander und vor dem Schicksal.

Die Elektrischen fahren ebenso wie immer. Es
hat etwas unsäglich Beruhigendes, das Leben so
seinen festen Gang weitergehen zu sehen. Will's
Gott, entscheidet sich's heute oder morgen, daß die
Besonnenen das Regiment behalten. Man hat
den starken Eindruck, daß über alle Unruhen hin-
weg in allen Menschen der feste Wille zur Arbeit,
Regel, Ruhe jetzt lebendig ist.

— Der Personenverkehr muß in den nächsten
Tagen derart eingeschränkt werden, daß eine Hin-
und Rückreise an einem Tage nicht mehr möglich
ist. Das Reisen unterbleibt während dieser Zeit
am besten gänzlich.

— Die Aufhebung der Gefindeordnung. Der
Rat der Volksbeauftragten hat mit Gesetzeskraft
verkündet, daß die Gefindeordnung und die Aus-
nahmegesetze gegen die Landarbeiter außer Kraft
gesetzt werden. Damit fällt für Preußen vor allem
die allerdings längst überlebte preussische Gefinde-
ordnung vom 18. November 1810 fort. Es war
unter verhältnismäßig Sozialpolitiker aller Rich-
tungen schon lange kein Streit mehr darüber, daß
diese Gefindeordnung gründlich der Abänderung
bedurfte, doch das preussische Abgeordnetenhaus
war für solche Reformen nicht zu haben. Unter

den Bestimmungen der Gefinde-Ordnung, die mit
unserem heutigen Empfinden in besonders großem
Widerspruch stehen, ist vor allen Dingen der § 77
hervorzuheben, wonach das Gefinde, welches die
Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn
reizt und von dieser deshalb mit Scheltworten oder
geringen Tadeln bestraft wird, keine gerichtliche
Genugthuung fordern darf. Ebenso
überlebt ist das Recht der Polizei, in geringen
Streitigkeiten einzugreifen. So konnte sie zum
Beispiel Diensthofen, welche vor Ablauf der
Dienstzeit ohne gesetzmäßigen Grund den Dienst
verließen, durch Zwangsmittel zu einer Fortsetzung
anhaken. Auch war es dem Gefinde vorgeschrie-
ben, daß es in Streitigkeiten erst die Vermittlung
der Polizei anrufen mußte, ehe es den ordentlichen
Rechtsweg beschritt. Aufgehoben ist auch die Ver-
ordnung vom 29. September 1846 über Gefinde-
dienstliche, wonach jeder Diensthofe verpflichtet
ist, ein Gefindebuch zu führen, das von der
Polizeibehörde auszufertigen ist. Damit ist na-
türlich das Recht, ein Zeugnis zu fordern und
auszustellen, nicht ausgeschlossen. Überall treten
an die Stelle der bisherigen Sondervorschriften die
allgemeinen Regeln des bürgerlichen Gesetzbuches.

— Weihnachten ohne Kerzen. Der Verband
deutscher Wachfabrikanten, Geschäftstelle Mün-
chen, verordnet an seine Mitglieder ein Rundschrei-
ben, in dem es u. a. heißt: „Die Anfertigung von
Weihnachtslichtern ist in diesem Jahre verboten.
Grund hierfür ist die außerordentliche Knappheit
an Paraffin. Da außerdem monatlich weniger
Petroleum zur Verteilung kommt, als im vorigen
Jahr, ist das Verlangen nach Kerzen weitaus
größer.“

— Vereinigung der Kriegsbeschädigten. Am
Sonntag, den 16. d. Mts., abends 8½ Uhr, hält
die Vereinigung der Kriegsbeschädigten für Her-
ford Stadt und Land eine außerordentliche Ver-
sammlung im Lokale des Herrn Brinmann.
Renntor, ab, wozu das Erscheinen eines jeden
Mitgliedes Pflicht ist.

— Im Silbertranz. Das Fest der Silberhoch-
zeit feiern am Sonntag, den 17. November, die
Ehrentöchter Bandwirt Wilhelm Süßling, Ober-
ringstraße 63. Möge sich das Glückpaar vereint
auch des goldenen Kranzes erfreuen können.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Wb. Hannover, 13. Nov. Die städtischen Kollegien
nahmen heute abend die Neuwohnen zum Magistrat vor.
Zum Stadtdirektor wurde einstimmig Landtagsabgeord-
neter Reinert und zu Senatoren Geschäftsführer Bohr-
berg und Arbeitersekretär Schaefer gewählt. Der neue
Stadtdirektor soll gekrönt werden, den Titel Oberbürger-
meister annehmen.

Wb. Berlin, 13. Nov. Zur Verstärkung des öffentlichen
Schutzes soll hier eine Bürgerwehr gebildet werden. An
der Spitze stehen Oberstleutnant Dr. Eder, Arbeiter Lenzen
und Polizeikommissar Conrad. Die Wehr wird aus zwei
größeren Abteilungen bestehen, die erste dient der öffent-
lichen Sicherheit, die zweite dem Arbeitsdienst, den bisher
das Militär gehabt hat. Für jede der beiden Gruppen
sind 6000 Mann vorgesehen, denen eine gute Bezahlung
zugelassen wird. Für den eigentlichen Sicherheitsdienst
werden 1000 Mann angetreten. Sie werden mit Schutz-
masken und Ausrüstungen versehen. Es soll in Achtunden-
schicht gearbeitet werden.

Wb. Hamburg, 13. Nov. Unter großer Beteiligung
von Beitragsenden und einer ungeheuren Fülle von Men-
schen, fand heute vormittag 10 Uhr auf dem Ohlsdorfer
Friedhof die Beisetzung des Generalkonsultors der Ham-
burg-Amerika-Linie, Albert Ballin, statt. Schlicht, aber
in höchstem Maße eindringend, wie das Leben dieses be-
deutenden Mannes, verlief die Feier.

Wb. Leipzig, 13. Nov. Wie wir aus den Kreisen des
Arbeiter- und Soldatenrates erfahren, sind Oberst Pinkau
und Oberstleutnant Freise, der Stabschef des 19. Arme-
korps, sowie 10 andere hohe Offiziere angeht des
widerständlichen Geistes des Offizierskorps gestern auf Be-
sehl des Arbeiter- und Soldatenrates verhaftet worden.

Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe.

Wb. Berlin, 13. Nov. Das Ergebnis der 9.
Kriegsanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden
Mitteilungen, ohne die zum Umtausch gelangten
älteren Kriegsanleihen 10 327 000 000 M. Zeit-
anzeigen stehen noch aus, so daß sich der Gesamt-
betrag noch etwas erhöhen dürfte. Im Hinblick
auf die schwierigen Verhältnisse, unter denen die
Kriegsanleihe aufgelegt wurde, muß dieses Ergeb-
nis, wenigstens es an die Resultate der vorange-
gangenen Anleihen erkläre, nicht heran-
reicht, doch als höchst befriedigend bezeichnet
werden.

Die Welt-Epidemie.

Ueber die Ausbreitung der Grippe verbreitet
Neuer am 1. November d. J. folgende Zusammen-
stellung:

In Norwegen herrscht die Grippe vor allem in
den Städten. In Stockholm ist das Volk von
einer wirklich Panik ergriffen, und die Lebens-
versicherungen können die Anträge nicht mehr an-
nehmen. In Italien glaubt man, der Grippe
Geist geworden zu sein durch ein neues Serum.
In Bombay starben an der Grippe vom 10. Sept.
bis zum 20. Oktober 18 934 Menschen. In Süd-
afrika greift die Krankheit weniger um sich, da die
Farmen weit von einander liegen; es sind haupt-
sächlich Kerze von ihr befallen. In Rio de Ja-
nerio (Brasilien) hat sich die Krankheit zur Seuche

entwickelt, aber mit harmlosem Charakter. Alle
Läden und Schulen sind geschlossen. Aus Kanada
wird eine große Zunahme der Todesfälle gemel-
det. So starben von 2300 Soldaten in einem La-
ger 355. Im polnischen Lager sind 400 Mann
von der Grippe befallen; die Schulen sind ge-
schlossen. In argentinischen Häfen müssen sich alle
Eintreffenden einer Quarantäne unterziehen;
Theater, Schulen und Kirchen sind geschlossen,
öffentliche Vergnügungen verboten. Ueber das
Fessengebirge ist eine familiäre Sperre verhängt,
um das weitere Uebergreifen der Krankheit von
Chile her, wo sie sehr schlimme Folgen hat, zu ver-
hindern. In den Vereinigten Staaten wurden am
1. November innerhalb 24 Stunden 14 000 neue
Grippefälle gemeldet. Das bedeutet eine Zunahme
um 3600 gegenüber dem vorigen Tage. In den
amerikanischen Truppenlagern sind 83 000 Mann
an Grippe erkrankt, gestorben sind seit Beginn der
Epidemie 1877. Am 1. November traten in New-
York 836 neue Fälle auf, von denen 45 zum Tode
führten. Im Puton-Lager müssen Soldaten und
Zivilpersonen Masken tragen. In London stee-
ben durchschnittlich 73 Menschen am Tag.

Soziales.

Aufgaben des Reichsarbeitsamts.

Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt
hat am 8. d. Mts. Vertreter der Gewerkschaften
und anderen Interessenverbänden auf ihr Er-
suchen empfangen und sich dabei über die Tätig-
keit, die das Amt in nächster Zeit entfalten wird,
ausgesprochen.

Am dringendsten sind die Fragen, die mit dem
Krieg und der Uebergangswirtschaft in Zusam-
menhang stehen. Hierfür ist in erster Linie das
Reichsarbeitsamt zuständig. Bei der Erledi-
gung der Arbeiterfragen ist das Reichsarbeitsamt
beteiligt. Es findet deshalb ein Zusammenarbei-
ten beider Ämter auf diesem Gebiet statt. Vor
allem wird das Reichsarbeitsamt der Regelung
des Arbeitsnachweises seine Tätigkeit zuwenden.
Ferner soll eine gesetzliche Grundlage für die auf
militärische Anordnung errichtete Zentralaus-
kunftsstelle und für eine gemeinnützige Berufsbe-
ratung und Stellenvermittlung geschaffen
werden. Erwerbslosenfürsorge während der Ueber-
gangszeit soll bereits im Laufe der nächsten Woche
durch eine Bundesratsverordnung geregelt wer-
den, die die Gemeinden zu einer ausreichenden
Fürsorge verpflichten. Als Kriegsmaßnahme steht
noch der Erlass einer Bundesratsverordnung auf
dem Gebiete der Krankenversicherung bevor. An-
dere Maßnahmen haben die Krankenversicherung
der Hausgewerbetreibenden und den Ausbau der
Familienhilfe zum Gegenstand. In der Invaliden-
und Hinterbliebenenversicherung ist erweiterte
Fürsorge und demgemäß Erhöhung der Beiträge
notwendig. Die Ausdehnung der Versicherung
auf die Hausgewerbetreibenden des Bekleidungs-
gewerbes wird vorbereitet. Auch in der Unfall-
versicherung sind Zulagen und Erweiterungen im
Aussicht genommen. Ein neuer Entwurf des Ar-
beitskammergesetzes wird beschleunigt fertiggestellt
werden.

Er sieht in seinem Rahmen besonders Arbeiter-
kammern für Angestellte vor. Der Arbeiterdreh-
schloß durch Aufhebung des Notgesetzes vom 4. 8. 14
gefördert werden. Besondere Aufmerksamkeit
wird der Fürsorge für die Heimarbeiter zugewen-
det. In allernächster Zeit wird dem Bundesrat
eine Vorlage zur Errichtung von Fachauschüssen
zugehen. Ferner sind Vorarbeiten im Gange, die
den Fachauschüssen des Arbeiterdrehgeschloßes einen
bestimmenden Einfluss auf die Lohnregelung ge-
währen. Die berechtigten Belange der kaufmänni-
schen und technischen Büro- und Bismarckange-
stellten werden durch Neuordnung und Ausbau
der Gesetzesvorschriften gewahrt werden. Die Be-
seitigung der Ausnahmestimmungen gegen die
Landarbeiter soll schleunigst herbeigeführt werden.
Zur künftigen Behebung der Wohnungsnot ist
ein dem Reichsarbeitsamt unterstellter Reichskom-
missar eingesetzt. Im übrigen wird die Milderung
der Wohnungsnot im Einvernehmen mit anderen
Stellen gefördert.

Das weitere Programm des Staatssekretärs
umfaßt Neuordnung des Koalitionsrechts, sowie
Schaffung und Ausgestaltung weiterer Tarifver-
träge. Für alle diese Maßnahmen wird schon in
nächster Zeit ein sozialpolitischer Beirat der maß-
gebenden wirtschaftlichen Organisationen für Ar-
beitgeber und Arbeitnehmer berufen werden. Eine
eingehende amtliche Veröffentlichung über dieses
sozialpolitische Programm des Reichsarbeitsamtes
steht bevor.

Wb.

Verantwortlich für den Text- und Informatentell:
Fr. Kühle, Herford.

Unteroffizier

Straughöner

soll sich sofort beim
Arbeiter- und Soldatenrat
melden. Da derselbe als
Gericht unteroffizier dringend
benötigt wird.

Arbeiter- und Soldatenrat
Herford,
Schlüter.

Herford, den 14. November 1918.

Unsere Stadtparkasse hat durch den Tod des
Herrn Vorsteher

Heinrich Detring

einen schweren Verlust erlitten. Seit Gründung der Stadtparkasse hat er dem Vorstände angehört und hat durch sein außerordentlich sachverständiges Urteil dessen Arbeiten gefördert. Noch lange Jahre wird uns sein verständiger Rat und seine freundliche Persönlichkeit in jeder Sitzung fehlen.

Der Vorstand der Stadtparkasse:

Zustizrat Brand, Vorsitzender.

Herford, den 14. Nov. 1918.

Am Dienstag, den 12. Nov. d. Js.,
verschied nach kurzem Kranksein der Stadt-
verordnete

Herr Feldmarkenvorsteher Heinrich Detring.

Seit dem 20. Januar 1893 war der
Verstorbene Mitglied der Stadtverordneten-
Versammlung. Hochgeschätzt wegen seiner
treuen und fleißigen Mitarbeit in allen
kommunalen Fragen, wegen seiner Ge-
wissenhaftigkeit und seines freundlichen
Wesens, wird er in der städtischen Ver-
waltung und in der Stadtverordneten-
Versammlung unvergessen bleiben.

Der Magistrat:
Bosse.

Der stellvert. Stadtverordneten-
Vorsteher:
Fellinger.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme beim Hinscheiden unseres lieben
Entschlafenen sagen wir allen unsern
herzlichsten Dank.

Emil Mühler
und Familie.

Kriegsfamilien-Unterstützungen

werden Sonnabend, den 16. Nov. d. J. von
vormittags 8 bis nachmittags 1 Uhr
ausgezahlt:

Bahnlingsliste Nr. 1 bis 800 am Schalter 1
" Nr. 801 bis 1800 am Schalter 2
" Nr. 1801 bis 2700 am Schalter 3
" Nr. 2701 bis 3800 am Schalter 4
" Nr. 3801 bis 4500 am Schalter 5

Die Auszahlung erfolgt nur an obigem
Tage an den Empfangsberechtigten selbst.
Wird die Unterstützung monatlich abgehoben,
dann hat solches nur am 16. jeden Monats zu
erfolgen.

Die Erledigung anderer Kassengeschäfte, drin-
gende Fälle ausgenommen, kann an diesem Tage
nicht erfolgen.

Herford, den 13. November 1918.

Kämmereikasse.

ist wieder reich sortiert und frühzeitiger Einkauf empfohlen.

Puppenlager

Geschw. Simon.

Fahrplanänderung.

Der Personenverkehr auf den
meisten Strecken muß in den
nächsten Tagen derart ein-
gechränkt werden, daß eine
Hin- und Rückreise an einem
Tage nicht möglich ist. Die
Veränderung wird deshalb er-
teilt, alle Reisen zu unterlassen.
Dannover, den 13. Nov. 1918.
Königliche Eisenbahn-
Direktion.

Geld

verleiht gegen
monatl. Rück-
zahlung distret
S. Blume, Hamburg 5.

Wohnung

mit 1. etw. Gartenland.
G. H. Angeb. unter Nr. 2921
an die Geschäftsst. d. Ztg. erbt.

Verein d. Kriegsbeschädigten für Herford Stadt u. Land.

Ortsgruppe Herford.

Am Sonnabend, den 16. Nov. d. Mts., abds.
pünktlich 8 1/2 Uhr findet bei Fritz Brinkmann, Diem-
tor, eine

außerordentliche Versammlung

statt.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß möglichst
jedes Mitglied erscheint.
Kriegsbeschädigte, welche noch kein Mitglied unserer Ver-
einigung, sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über Anschluß an einen größeren Verband.
a) Ansprache des Vorsitzenden.
b) Ausprache.
c) Aufnahme neuer Mitglieder.
d) Abstimmung.
2. Beschlüsse.

Meiner verehrten Kundschaft zur gest. Nach-
richt, daß

mein Geschäft

von Sonnabend, den 16. November ab
wieder geöffnet ist.

Achtungsvoll

Carl Joly,

Bäderstraße 6.

Kaffeewagen

Rübensaftpressen
Rübenscheider
Kaffeebrenner
Dekanten
Einfachgläser
Einfachkrüge
mit guten Ringen,
für Fleisch u.
Einnachtöpfe
zu ermäßigten Preisen.
Bohnermasse
Stahlschneide
Carl Dürkopp,
Bäckerstraße.

Bekanntmachung.

Wir suchen
10 Arbeiter.
Meldungen werden auf Gim-
mer Nr. 111 des Rathhauses ent-
gegengenommen.
Herford, den 14. Nov. 1918.
Lebensmittelamt.

Vertreter(in)

zum Verkauf eines gangbaren
Bedarfsartikels für jeden Haus-
halt gesucht. Hohe Provision!
Angebote unter 2965 an die
Geschäftsst. d. Ztg. u. Nr. 2957.

Fabrikräume

zum 1. Juli zu mieten.
Angebote mit Preis an die
Geschäftsst. d. Ztg. u. Nr. 2957.
Ein saftiges Gebraten-Buffet und
neues
Rüben-Buffet
zu
Bünderstraße 69.

Köchin.

Frau Julius Weinberg,
Schützenstraße 4.

Eine
Reinemachefrau
für vormittags gesucht.
Neuer Markt 4. II. Etg.

Mehrere
Arbeiterinnen
gesucht für Sachrepara-
turanstalt

J. D. Tönsjost,
Goltstraße 2.

Sucht zum 1. Dez. oder später
freundl. junges

Mädchen

zu häusl. Arbeit. Selbige
muß nähen und plätten können
und etwas Hausarbeit über-
nehmen. Meldungen nachm.
1-3 Uhr, abends nach 7 Uhr.
Frau Emil Weinberg,
Mündenerstraße 8.

Maurer

sucht
Bernhard Breder.

Gartenarbeiter

welcher Gartenarbeit versteht
Gärtner F. Stoeke,
Karlstr. 14.

Lichtige Zischler

gesucht.
A. Stüffel,
Möbelfabrik, Herford.

Anzeigen

für die
Sonnabend-Ausgabe
bitten wir uns bis
heute nachmittags 5 Uhr
aufzugeben.
Später aufgebene Inserate müssen bis zur
nächsten Nummer
zurückgestellt werden.
Herforder Zeitung für Stadt und Land

Mäherinnen

für leichte Arbeiten außer dem Hause suchen
Heinrich & Otto Meyer,
Mönchstraße 6.

Bergleute

darunter einige gute
Zimmerer
und Arbeiter
für Erzbergbau sofort gesucht. Zu melden bei
Betriebsleiter Otto Warré in Dehme,
Haus 153, bei Deynhausen.

Bücher.

(Verkauf auf Kundenliste.)
In den Geschäften kann von Dienstag, den
19. November d. Js. ab auf die Warenmarken
Nr. 45 ein Pfund Zucker gekauft werden.
Die Marken müssen bis zum 26. November
Js. eingelöst sein. Die Geschäfte haben die Mar-
ken aufgelegt bis zum 28. November d. Js. im
Rathhaus, Zimmer Nr. 103, abzuliefern.
Herford, den 15. November 1918.

Der Magistrat.

Ausgabe an Oel.

Gehaltsungen, die für den im Kornhaus ab-
gelieferten Oel samen die ihnen zustehenden Oel-
mengen noch nicht erhalten haben, müssen sich vor-
läufig noch drei bis vier Wochen gedulden.
Herford, den 15. November 1918.

Der Magistrat.

Weißkohl.

Wir richten an alle Haushaltungen die Bitte,
bei dem zeitig reichlichen Angebot in Weißkohl
große Mengen einzumachen.
Weißkohl ist in großen Mengen in der Markt-
halle zu kaufen.
Herford, den 14. November 1918.

Der Magistrat.

Mahlkartenausgabe.

Die nächste Mahlkartenausgabe für den Zeit-
raum vom 16. Dezember d. Js. bis 15. Februar
1919 beginnt bereits am 20. d. Mts. Die Lebens-
mittelliste ist vorzulegen.
Herford, den 13. November 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Mit dem heutigen Tage hat der unterzeichnete
Oberbürgermeister anstelle des Bürgermeisters
Werner die Geschäfte der Polizeiverwaltung über-
nommen.
Herford, den 14. November 1918.

Der Oberbürgermeister:
Bosse.

Leuchtmittel

Die Leuchtmittelzufuhrmarke 2 wird in Kraft
gesetzt. Auf dieselbe wird 1 kg. Natrium-Nitrid
oder eine gelbe Kerze zu 23 Pfg. oder eine rote
Kerze zu 33 Pfg. in den bekanntgegebenen Ver-
kaufsstellen abgegeben. Sollte in einigen Ver-
kaufsstellen wegen der Güterperre das Nitrid
noch nicht eingetroffen sein, wird dasselbe in den
nächsten Tagen zu haben sein.
Herford, den 12. November 1918.

Der Kreisaußschuß.

Kriegswirtschaft, Leuchtmittelabteilung.

Die Nahrungsmittelversorgung

der einheimischen Kreisbevölkerung und die Ab-
lieferung an andere Kommunalverbände können
nur aufrechterhalten werden, wenn sie in der ge-
ordneten Weise weitergehen. Sie werden unumg-
änglich gemacht, wenn Einzelne, Soldaten oder Zivil-
personen, sich von den Erzeugern Nahrungsmittel
ohne Marken zu verschaffen suchen.

Dies wird daher verboten.

Der Volkswirtschafts- und Soldatenrat in Berlin erklärt: „Niemand hat das
Recht, Requisitionen vorzunehmen; etwaigen Re-
quisitionenverwehren ist mit aller Entschiedenheit
entgegenzutreten.“

Beurlaubte und entlassene Soldaten haben sich
wegen ihrer Nahrungsmittelversorgung unter Vor-
legung ihres Urlaubsscheines an das Amt (Bürger-
meisteramt), nur wegen Kartoffeln an den Vor-
steher, zu wenden, die ihnen die Marken bezw. Kar-
toffeln zuteilen.

Am 14. November 1918.

Der Landrat des Kreises Herford: v. Borries.
Der Arbeiter- u. Soldatenrat Bünde: W. Jäger.
Der Volks- u. Soldatenrat Enger: Herrn. Pöhlmann.
Der Volks- u. Soldatenrat Speyer: Geinr. Rothhoff.
Der Volks- u. Soldatenrat Böhne: A. Dieckmeier.
Der Arbeiter- u. Soldatenrat Motho: Aug. Rüding.

Holzverkauf.

An der Kreisstraße Wehrendorf-Beingo sollen
zwischen Km. 0,670 und 4,755 etwa 530 gut ge-
wachsene gesunde Ulmen am
Dienstag, den 19. d. Mts., vorm. 10 1/2 Uhr,
in Km. 0,670 beginnend öffentlich meistbietend
gegen sofortige Barzahlung auf dem Stamm ver-
kauft werden. Die Bäume haben bei einem
Stammumfang von etwa 55 Zentimeter durch-
schnittlich eine nutzbare Stammhöhe von 2,80
Meter. Das Holz eignet sich u. a. für Holzschuh-
macher und Stellmacher.

Die Verkaufsbedingungen werden im Termin
bekannt gegeben.
Herford, den 11. November 1918.

Die Kreisstraßenverwaltung Herford.

Bekanntmachung.

Der Magistrat hat den Stadtverordneten Pouff
zum Beirat für die Lebensmittelversorgung ge-
wählt. Der Stadtverordnete Pouff hat dieses Amt
mit dem heutigen Tage übernommen.
Herford, den 14. November 1918.

Der Oberbürgermeister:
Bosse.